

/// Der Preis der Macht: Die Koalition „frisst ihre Kinder“

DIE LINKSPARTEI UND DER UNRECHTSSTAAT DDR

SEBASTIAN PRINZ /// Vor einem Jahr wurde in Thüringen die bundesweit erste Regierung unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei gebildet. Die Koalition mit der aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Partei Bündnis 90/Grüne und der SPD konnte erst zustande kommen, nachdem die SED-Nachfolger ausdrücklich anerkannt hatten, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, und sich zur Aufarbeitung des Unrechts bekannt hatten. Was ist daraus geworden?

Ausgangslage

Das Ergebnis der Thüringer Landtagswahl 2014 ermöglichte rechnerisch – nicht zum ersten Mal – eine Koalitionsregierung von Linkspartei, SPD und Bündnis 90/Grüne. Zwar gab es auch zuvor in östlichen Bundesländern schon Regierungen unter Beteiligung der Linkspartei, aber noch keine von der Linkspartei geführte Regierung. Die größte Hürde auf dem Weg zu einem Koalitionsvertrag war – wie schon bei den Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl 2009 – die Positionierung zur DDR-Geschichte und dabei insbesondere die Frage der Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat. Einerseits gibt es in der Linkspartei kaum einen Politiker, der bestreitet, dass es in

der DDR schweres staatliches Unrecht gab, doch andererseits wird der Begriff Unrechtsstaat kategorisch abgelehnt. Die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Charakters durch die Linkspartei war aber Voraussetzung für das Zustandekommen der Koalition.¹

Die Thüringer Linkspartei unter Führung Bodo Ramelow wollte unbedingt ein abermaliges Scheitern einer rot-rot-grünen Koalition an der Bewertung der DDR-Geschichte vermeiden, wollte unbedingt ihren ersten Ministerpräsidenten stellen. Seit vielen Jahren hatte sie sich auf diese Konstellation vorbereitet und ihre Programmatik schon vor der Wahl weitgehend der von SPD und Bündnis 90/Grünen angepasst.



Mit der Thüringer Koalition unter der Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow erfolgte 2014 erstmals der Tabubruch für Rot-Rot-Grün.

Auch bei vorangegangenen Koalitionsbildungen in anderen Bundesländern hatte die SPD von der Linkspartei beziehungsweise PDS als Vorbedingung ein Bekenntnis zur Geschichtsaufarbeitung gefordert. So musste die Berliner PDS in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD akzeptieren, dass die Mauer als Symbol für Totalitarismus bezeichnet wurde.

Gegenstand des Streits über Geschichte waren weniger historische Fakten und deren Bewertung als bestimmte Begriffe zur Beschreibung der DDR, insbesondere die Begriffe Totalitarismus und Unrechtsstaat. Auf diese Begriffe reagierte die Linkspartei ähnlich wie die türkische Regierung auf den Begriff Völkermord in Zusammenhang mit der Ermordung von Armeniern.

Kröte geschluckt und Geßler-Hut begrüßt

Erstmals hatten Vertreter der Linkspartei im Zuge der Sondierungsgespräche für eine eventuelle rot-rot-grüne Koalition in Thüringen nach der Landtagswahl 2009 den Unrechtsstaats-Begriff akzeptiert. Das war ein innerparteilicher Tabubruch. Nur wenige Monate zuvor hatte Ramelow noch zurückgewiesen, den Begriff „wie einen Geßler-Hut“ zu grüßen: „Diejenigen, die jetzt von mir verlangen, die DDR

als Unrechtsstaat zu bezeichnen, wollen doch nur die völlige Delegitimierung der DDR erreichen. Und das ist mit mir nicht zu machen.“ 2009 hatte es nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche in der Linkspartei keine nennenswerte Debatte über die Unrechtsstaats-Frage gegeben, so dass die Diskussion erst wieder nach der Landtagswahl 2014 aufkam. Zwar hatte es seit 1989 immer wieder Auseinandersetzungen in der PDS/Linkspartei über die Unrechtsstaats-Frage gegeben, doch diese waren nie so breit und intensiv wie 2014 während der Koalitionsverhandlungen.

Um ihr Ziel einer rot-rot-grünen Regierung zu erreichen, einigte sich die Linkspartei mit SPD und Bündnis 90/Grüne im Koalitionsvertrag auf folgende Formulierung: „Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“ Zudem verpflichteten sich die Koalitionspartner, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“. Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse kommentierte, die Linkspartei habe die Kröte vom Unrechtsstaat DDR geschluckt, obwohl ein Vierteljahrhundert lang jeder führende Politiker der Partei diesen Begriff heftig abgelehnt habe.² Ramelow habe das nur getan, „um an die Macht zu kommen. Da steckt keine Überzeugung dahinter“.

Voraussetzung einer rot-rot-grünen Koalition ist die Akzeptanz der DDR als **UNRECHTSSTAAT seitens der Linken.**

Fragliche Glaubwürdigkeit

Nach einem Jahr rot-rot-grüner Koalition kann man eine Bilanz der bisherigen Worte und Taten zur Vergangenheitsaufarbeitung mit Blick auf das Diktum vom Unrechtsstaat ziehen. Da es für Bündnis 90/Grüne und die SPD von großer Bedeutung war, dass die Linkspartei anerkennt, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, sollte man meinen, dass sie deutlich reagieren, wenn dieses Zugeständnis aus den Reihen der Linkspartei relativiert, infrage gestellt oder gar bestritten wird. Doch das ist nicht der Fall. Zwar ist es keineswegs zwingend, die DDR unter den Begriff Unrechtsstaat zu subsummieren³, politisch entscheidend für die Beurteilung der Thüringer Koalition ist jedoch nicht, wie Wissenschaftler den Begriff definieren, sondern wovon die Koalitionspartner selbst ausgegangen sind und was sie vereinbart haben. Ihre eigenen Maßstäbe sind ausschlaggebend für ihre Glaubwürdigkeit: Wie ehrlich meint es die Linkspartei? Inwieweit reagieren SPD und Bündnis 90/Grüne auf offensichtliche Relativierungen der vereinbarten Positionen durch Linkspartei-Politiker?

Relativierungen und keine Konsequenzen

Nur wenige Politiker der Linkspartei bekannten sich ausdrücklich zum Begriff Unrechtsstaat. Der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger erklärte: „Wir stehen voll und ganz hinter der Formulierung, die in den Thüringer Sondierungen mit SPD und Grünen gefunden wurde.“ Seine Co-Vorsitzende Katja Kipping sagte: „Ich finde die Formulierung, die die Thüringer gefunden haben, vollkommen richtig.“ Ähnlich äußerte sich die stellvertretende Bundesvorsitzende Caren Lay.

Für die Thüringer Koalition 2014 erfolgt der innerparteiliche TABUBRUCH.

Demgegenüber gibt es inner- und außerhalb Thüringens diverse Politiker der Linkspartei, die den Begriff mehr oder weniger deutlich ablehnen. Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch nicht getrocknet, da begannen schon die Relativierungen seitens der Linkspartei. Ramelow selbst spielte die Bedeutung des Absatzes zum Unrechtsstaat herunter, indem er ihn als eine bloße Protokollnotiz bezeichnete. In einem Papier zur DDR-Geschichte, in dem er seine Position zu den Koalitionsverhandlungen erläuterte, schrieb Ramelow, da Unrechtsstaat „ein Kampfbegriff der 50er-Jahre aus Westdeutschland war, wird er emotional heute auch als solcher wieder verstanden“⁴. Nur einmal verwendete Ramelow den Begriff ohne Einschränkung, lenkte den Fokus allerdings vom Staat DDR und der Partei SED auf die Stasi: „Das Ministerium für Staatssicherheit als Schild und Schwert der SED ist ein Wesenskern des Unrechtsstaats.“ In Interviews wand sich Ramelow auch bei hartnäckigen Nachfragen und vermied den Begriff.

Ramelow und weitere Thüringer Linkspartei-Politiker schrieben in einem erläuternden Brief zu den Koalitionsverhandlungen an ihre Mitglieder: „Wenn es allein nach uns, der Verhandlungsdelegation der Linken gegangen wäre, hätten wir auf den Begriff verzichtet.“ Mehrere Landtagsabgeordnete der Thüringer Linksfraktion erklärten öffentlich, dass sie den Begriff ablehnen. Da die Koalition mit nur einer Stimme Mehrheit regiert, ist sie auch auf diese Abgeordneten angewiesen.

**In der Koalition RELATIVIERT
die Linke ihre Akzeptanz des
Begriffes wieder.**

Die Abgeordnete Ina Leukefeld sagte: „Ich für mich kann diesen Kampfbegriff, dieses moralische Werturteil nicht annehmen.“ Der Abgeordnete André Blechschmidt meinte, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, „müssen die Historiker entscheiden“⁵. Und der Abgeordnete Tilo Kummer erklärte: „Der Begriff ist thematisch nicht definiert.“

Auch der Widerstand der Parteibasis war deutlich.⁶ In einem Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Vorstand der Thüringer Linkspartei, das während der Sondierungsgespräche verfasst wurde, heißt es: „Der Begriff DDR-Unrechtsstaat ist kein Begriff der Partei Die Linke.“ Darauf antwortete die Thüringer Landtagsabgeordnete Anja Siegesmund (Bündnis 90/Grüne) mit der empörten Feststellung: „In dem Papier werden wichtige Punkte aus dem rot-rot-grünen Sondierungspapier relativiert.“ Die Debatte in der Linkspartei dürfe „nicht zu einer Relativierung der Kernbotschaften führen, die wir in harten Gesprächen gemeinsam errungen haben. Ein Zurückgehen würde die Sondierungsgespräche nicht nur erschweren, sondern wäre für uns ein Grund, sie zu beenden.“ [...] „Das Wort Protokollnotiz verbietet sich in diesem Zusammenhang.“ Die von Siegesmund angekündigte Reaktion blieb indes aus.

Die Relativierungen seitens der Thüringer Linkspartei veranlassten Roland Jahn, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, und den Hallenser Politikwissenschaftler Everhard Holtmann, die Präambel als Lippenbekenntnis einzuordnen. Der Thüringer SPD-Landtagskandidat Stefan Sandmann schrieb in einem offenen Brief an seine Genossen, die Erklärung zur Vergangenheit sei „das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist“. Die bisherige Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Doht erklärte aus Protest ihren Parteiaustritt. Gründungsmitglieder der im November 1989 in der DDR gegründeten Sozialdemokratischen Partei und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete appellierten an die Ehre ihrer Partei, der Rechtsnachfolgerin der SED nicht als Mehrheitsbeschafferin zu dienen. Auch der frühere Landes- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer SPD, Gerd Schuchardt, richtete einen solchen Appell an seine Partei.

**Winkeladvokatische
Argumentiererei**

Auch führende Bundespolitiker der Linkspartei äußerten sich ablehnend zum Begriff Unrechtsstaat: Gregor Gysi, vor 1989 Vorsitzender der Kollegien der Rechtsanwälte der DDR, erklärte: „Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden.“ Auf die Frage in einem Interview, warum er schließlich doch zugestimmt hat, dass die Thüringer Linkspartei den Begriff akzeptiert, antwortete Gysi: „Die andere Seite hat darauf bestanden.“ Er sagte: „Wenn ich Unrechtsstaat sage, delegitimiere ich alles, das Leben fast aller Bürger – und das tue ich nicht.“ Der SPD-Politiker Wolfgang Thierse warf Gysi wegen seiner

Haltung zur Unrechtsstaats-Fragen winkeladvokatische Argumentiererei vor. Ramelow bezeichnete Gysis Einlassungen als nicht gerade hilfreich. Allerdings berichtete die „Welt am Sonntag“, Gysi habe einem Journalisten dieser Zeitung gegenüber gesagt, seine Äußerung sei „mit Bodo Ramelow abgesprochen gewesen, um die linke Basis nicht zu verärgern“⁷.

Dagmar Enkelmann, als Vorsitzende der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung für politische Bildung verantwortlich, beantwortete die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, mit einem klaren Nein. Die Verwendung des Begriffs im Koalitionsvertrag sei ein Fehler. Michael Brie, ehemaliger Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Stiftung, schrieb in einer Veröffentlichung der Stiftung, es widerspreche dem programmatischen Selbstverständnis der Linkspartei, wenn die Bewertung der DDR als Unrechtsregime zur offiziellen Position in der Partei würde.⁸ Volkmar Schöneburg, der für die Linkspartei Justizminister in Brandenburg war, kommentierte, der Unrechtsstaats-Begriff sei „ein Propagandabegriff, ein Kampfbegriff“⁹. Auch die Historische Kommission der Linkspartei distanzierte sich von der Thüringer Präambel. Ihr Sprecher Jürgen Hofmann sagte: „Der Begriff ‚Unrechtsstaat‘ ist eine politisch stigmatisierende Bezeichnung. Die Historische Kommission hält ihn für den wissenschaftlichen Diskurs für ungeeignet.“

In einer Erklärung des Ältestenrats der Linkspartei heißt es, wenn die Partei sich auf den Unrechtsstaats-Begriff einlasse, „lässt sie sich im Wesen auf die von der herrschenden Elite vorgegebene Geschichtsklitterung ein“¹⁰.

Die Linkspartei-nahe Zeitung „Neues Deutschland“ nannte die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Begriff eine bigotte Unterwerfungsgeste.¹¹ Thiess Gleiss, ehemaliges Mitglied des Bundesvorstands der Linkspartei, entwarf sogar eine alternative Präambel, in der er die Rechtsordnung der Bundesrepublik angriff: „Die BRD war und ist eine Diktatur der wirtschaftlich Mächtigen über die Mehrheit der Bevölkerung, ihr Rechtssystem war und ist ein demokratisch bemänteltes Klassenrecht, dessen oberste Leitlinie der Rechtsprechung und auch der Richteramtsbesetzung die Verteidigung der herrschenden Besitzverhältnisse war.“¹² In einem Debattenbeitrag für die Antikapitalistische Linke, eine der maßgeblichen Strömungen in der Linkspartei, schrieb Gleiss, der auch dem Bundessprecherrat der Antikapitalistischen Linken angehört: Die DDR war „nicht mehr Unrechtsstaat als die BRD in Westdeutschland und viele mit diesem verbündete und geförderte Staaten, eher weniger“¹³. Auch Wolfgang Gehrcke, Bundestagsabgeordneter der

Die Erklärungen der KEHRTWENDE erscheinen konstruiert und unglaublich.

Linkspartei, lehnte den Unrechtsstaats-Begriff ab und griff stattdessen unsere Wirtschaftsordnung, die er Kapitalismus nennt, als Unrechtssystem an: „Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Unrechtssystem und er muss überwunden werden.“¹⁴ Die erwähnten Einlassungen aus den Reihen der Bundespartei zur Präambel wurden in einem Kommentar des Kölner

Stadt-Anzeigers als würdeloses Geieire bezeichnet.¹⁵

Forderungen an die Linkspartei

Während kein Vertreter der Linkspartei nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags das Bekenntnis zum Unrechtsstaats-Charakter der DDR wiederholte beziehungsweise bekräftigte, bezeichneten Politiker von SPD und

desebene zuständig, erklärte wiederholt: „Die DDR war ein Unrechtsstaat.“ Mit Blick auf eine mögliche künftige rot-rot-grüne Regierung auf Bundesebene forderte Cem Özdemir auch die Bundespartei auf, anzuerkennen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Auch für den früheren Verfassungsrichter Udo di Fabio steht fest, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Wer den Begriff Unrechtsstaat ablehnt, so Roland Jahn, verhöhne die Opfer. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, verlangte von der Linkspartei, ihr Parteiprogramm zu ändern oder bei einem Bundesparteitag die DDR ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Da die beiden Bundesvorsitzenden der Linkspartei sich hinter die Präambel des Koalitionsvertrags gestellt haben, dürfte dem eigentlich nichts entgegenstehen.

Die KOALITIONSPARTNER fordern die Linke auf, zu ihrem Bekenntnis zu stehen.

Bündnis 90/Grüne die DDR mehrfach ohne Einschränkung als Unrechtsstaat. In Ramelow's langen Regierungserklärungen kam der Begriff nicht vor. Auch in den diversen Zwischenbilanzen, die die Partei- und Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow verfasste, wurde er konsequent beschwiegen. Demgegenüber sagte Iris Gleicke (SPD), Thüringer Bundestagsabgeordnete und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, in der Plenardebatte zum Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit: „Die DDR war eine Diktatur, übrigens eine ziemlich üble und spießige Diktatur. Eine Diktatur ist nun einmal ein Unrechtsstaat.“

Angela Marquardt, früher stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende und heute bei der SPD für Kontakte zu den potenziellen Koalitionspartnern Bündnis 90/Grüne und Linkspartei auf Bun-

Weiter Verbindungen zu Stasi-Vereinen

Neben der Haltung zur DDR-Vergangenheit ist zu prüfen, ob die Linkspartei sich an die im Koalitionsvertrag eingegangene Verpflichtung hält, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“. Auch wenn diese Organisationen nicht namentlich genannt sind, ist klar, welche gemeint sind: Insbesondere die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (ISOR) und die „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GRH). Beide sind mit weiteren DDR-apologetischen Organisationen wie dem „Traditionsverband der Nationalen Volksarmee“ im Dachverband „Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden“ (OKV) zusammengeschlossen.

Auf ein Schreiben des OKV, das zur Stammklientel der Linkspartei gehört und mit dem sie personelle Überschneidungen hat, an die Thüringer Linkspartei wegen der Präambel des Koalitionsvertrags antwortete Susanne Hennig-Wellsow: „Zunächst wollten SPD und Grüne es bei der pauschalen Feststellung aus dem Jahr 2009 belassen. Damals wurde in den Sondierungsgesprächen der drei Parteien umstandslos erklärt, die DDR sei ein Unrechtsstaat. Wir haben dieses Pauschalurteil jetzt korrigiert.“ In einem weiteren Schreiben an das OKV ergänzte sie: Der „Begriff Unrechtsstaat ist kein Begriff von uns“. Der Bundesvorsitzende Riexinger sprach sich im November 2014 bei einem klärenden Gespräch mit Vertretern des OKV für eine weitere Zusammenarbeit mit den Verbänden des OKV, also für das Gegenteil der Verpflichtung im Thüringer Koalitionsvertrag, aus.

In Thüringen ist die Zusammenarbeit zwischen der Linkspartei und dem OKV sogar institutionalisiert, denn es

Die ZUSAMMENARBEIT der Linken mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, besteht weiter.

gibt eine Arbeitsgruppe von Verbänden des OKV beim Landesverband der Linkspartei. In seiner Eigenschaft als Sprecher dieser Arbeitsgruppe referierte Jochen Traut im Februar 2015 bei einer Veranstaltung der GRH anläss-

lich des 65. Jahrestags der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit über die Kritik an der Präambel des Koalitionsvertrags.¹⁶ An anderer Stelle kündigte Traut zu diesem Thema an: „Geschichtsverfälschende Äußerungen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow werden wir auch in Zukunft nicht hinnehmen.“¹⁷ Die geschichtspolitischen Forderungen der Koalitionspartner nannte er Erpressung.¹⁸ Traut ist Mitglied des Landesausschusses der Thüringer Linkspartei, eines Gremiums mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Vorstand.

Auch zwischen der Spitze der Thüringer Linkspartei und dem OKV gab es nach der Landtagswahl weitere Verbindungen. So trat Hennig-Wellsow bei der Thüringer Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform auf, nachdem deren Sprecherrat die Mitglieder des OKV zuvor „auf das Herzlichste“ zur Konferenz eingeladen hatte. Ob die Koalitionspartner Kenntnis davon genommen haben, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls haben sie öffentlich nicht gegen die Missachtung der im Koalitionsvertrag eingegangenen Verpflichtung protestiert.

Von Thüringen lernen, heißt siegen lernen

Katja Kipping bejubelte die Thüringer Regierungsbildung als historisch. Die SPD könne jetzt in keinem Bundesland mehr dahinter zurück und sagen, dass es ein Tabu ist, mit ihrer Partei zu koalieren. Umgekehrt kann allerdings auch die Linkspartei weder in einem Land noch im Bund hinter die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Begriffs zurück. Mitglieder der Historischen Kommission beim SPD-Bundesvorstand gehen

schon weiter und fordern von der Linkspartei, „gerade auch mit Blick auf das Jahr 2017 die Kritik an Stalinismus und Leninismus klarer und eindeutiger zu formulieren“¹⁹. Unkritisch im Hinblick auf die Geschichte äußerte sich hingegen der Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Grüne), der intensiv für Koalitionen mit der Linkspartei wirbt: „Wichtig ist, dass in den Ländern, wo Rot-Grün-Rot möglich ist, [...], diese Option auch ernsthaft ausgelotet und versucht wird. Das könnte bis zur Bundestagswahl z. B. in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin der Fall sein. Darauf sollte man sich jetzt schon intensiv vorbereiten. Aus Thüringen lernen, heißt siegen lernen.“²⁰ Die Union ihrerseits sollte sich auf diese Konstellation vorbereiten, um in die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen eingreifen zu können.///



/// DR. SEBASTIAN PRINZ
ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter des Erzbistums Berlin.

Anmerkungen

¹ Vgl. Oppelland, Torsten: Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2015, S. 39-56 (52).

² Vgl. Jesse, Eckhard: Rot-Rot-Grün – ein Menetekel, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2014.

³ Auch bürgerliche Wissenschaftler bevorzugen aus unterschiedlichen Gründen andere Begriffe. So spricht der Historiker Jörg Ganzemüller vom Machtstaat, denn darin komme zum Ausdruck,

dass die Mächtigen über Recht und Gesetz stehen (Interview in der Thüringischen Landeszeitung, 2.12.2014). Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht sich für Willkürstaat als Gegenbegriff zum Rechtsstaat aus (Interview im Deutschlandfunk, 21.10.2014). Der evangelische Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer (SPD) wendet sich zwar gegen den Begriff Unrechtsstaat, nennt die DDR aber einen totalitären Staat (Unrechtsstaat DDR?, in: Freies Wort, 16.10.2014).

⁴ Ramelow, Bodo: Über die Unmöglichkeit, die DDR auf ein Wort zu reduzieren – Mehr Geschichte wagen, o.O. 2014, S. 3.

⁵ Nach Harbusch, Nikolaus / Kascha, Hartmut: Die Stasi-Genossen des Bodo Ramelow, in: Bild, 22.10.2014.

⁶ Vgl. Lieberam, Ekkehard: Eine rote Linie wurde überschritten, in: Ders.: Der Kniefall von Thüringen, Bergkamen 2014, S. 5-9 (5).

⁷ Malzahn, Claus Christian: Gefangen im Unrechtsstaat, in: Welt am Sonntag, 5.10.2014.

⁸ Brie, Michael: Benennen ist kein unschuldiges Geschäft, in: Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2015, S. 4.

⁹ Schöneburg, Volkmar: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat, überarbeitete Fassung eines Vortrags vom 21.11.2014. In rechtswissenschaftlichen Aufsätzen, die er Jahre zuvor veröffentlicht hatte, sprach Schöneburg von unmenschlicher Rechtsbeugung in der DDR. Das Recht sei zum Instrument der Durchsetzung stalinistisch geprägter Parteipolitik geworden. Grund- und Menschenrechte seien nur partiell eingehalten worden. Es habe Rechtsnihilismus und Rechtsbruch durch Partei- und Staatsfunktionäre gegeben, vgl. Schöneburg, Volkmar: Recht im nazifaschistischen und im „realsozialistischen“ deutschen Staat – Diskontinuitäten und Kontinuitäten, in: Neue Justiz 2/1992, S. 49-54 (50). Die Terminologie in den Urteils- und Gesetzesbegründungen vornehmlich der 50er-Jahre erinnere beschämend an die der nationalsozialistischen Justiz, vgl. ebd. S. 53. Zu politischen Gerichtsverfahren schrieb Schöneburg: „In solchen Verfahren fand die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oft nur noch scheinbar justizförmig statt, standen die ‚Urteile‘ bereits vorher fest.“, Schöneburg, Volkmar: Unrechtsstaat: Wissenschaft, Moral oder Ideologie?, in: Utopie kreativ 21-22/1992, S. 39-47 (44). Tatbestandsbeschreibungen seien kautschukartig gewesen, vgl. Schöneburg, Volkmar: Recht und Repression in der DDR, in: Utopie kreativ 91-92/1998, S. 146-154 (151).

¹⁰ Ältestenrat der Linkspartei: Neue Herausforderungen für die Linke und die Verantwortung des Ältestenrates, in: Bulletin Geraer Sozialistischer Dialog 43/2015, S. 24-26 (26).

¹¹ Vgl. Kalbe, Uwe: Bigotte Geste, in: Neues Deutschland, 25.9.2014.

¹² <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=619>, Stand: 10.9.2015.

¹³ Die Hoffnungen sind da – die politische Substanz weniger, in: Reader zur Regierungsfrage, hrsg. von der Antikapitalistischen Linken, o.O. o.J., S. 2-5 (2).

-
- ¹⁴ Nach: Wir wehren uns gegen Diffamierung und Ausgrenzung, in: ISOR-Aktuell 11/2014, S. 1.
- ¹⁵ Vgl. Kröter, Thomas: Der graue Alltag ist entscheidend, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 6.12.2014.
- ¹⁶ Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung: Sonder-Information zur Veranstaltung anlässlich des 65. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2015, S. 9 f.
- ¹⁷ Traut, Jochen: Wir müssen dazu Position beziehen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform 12/2014, S. 22 f. (23).
- ¹⁸ Ders.: Zur Bildung einer rot-rot-grünen Regierung in Thüringen, in: Sozialistische Zeitung 12/2014.
- ¹⁹ Heimann, Siegfried / Brandt, Peter: Die SPD, die Partei Die Linke und das Jahr 2017, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 5/2014, S. 53-56 (56).
- ²⁰ Kindler, Sven-Christian: Rot-Grün-Rot – ehrlich machen und Chancen nutzen, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft 3/2015, S. 67-70 (70).